



Wegleitung „Unbezahlter Urlaub für Lehrpersonen“

Informationen zu Vorkehrungen betreffend Sozialversicherungen **VOR** Antritt des Urlaubs.
Name/Vorname: _____
Vers. Nr. 756. _____
Schule: _____

1. Gesetzliche Grundlagen

§ 92 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (VVO)

Grundsätzlich besteht kein Anspruch auf unbezahlten Urlaub. Er wird aber gewährt, soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten.

§ 9 Abs. 1 Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung (MBVO)

Die Berechnung des Lohnanspruchs beruht auf 40 Schulwochen. Eine Schulwoche entspricht 1/40, ein Semester 20/40 des Jahresgrundlohns.

§ 21 Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung (MBVVO)

Die Schulleitung entscheidet über die Gewährung von unbezahltem Urlaub.
Die Lohnkürzung erfolgt nach Massgabe der tatsächlichen Ausfallwochen gemäss § 9 Abs. 1 der Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung. Diese entfällt bei entsprechender Belastung der Stundenbuchhaltung.

2. Definition unbezahlter Urlaub

Ein unbezahlter Urlaub liegt vor, wenn eine angestellte Person für eine bestimmte Zeit davon befreit ist, die geforderte Arbeitsleistung zu erbringen. Im Gegenzug wird der Lohn gestützt auf § 9 Abs. 1 MBVO sistiert bzw. gekürzt.

Das Anstellungsverhältnis bleibt während dieser Zeit jedoch bestehen. Ein unbezahlter Urlaub, welcher mehr als 14 Tage dauert, wird mit einer Verfügung geregelt.

Grundsätzlich besteht kein Anspruch auf unbezahlten Urlaub. Er wird jedoch gewährt, soweit die dienstrechtlichen Verhältnisse es gestatten.



3. Wichtige Hinweise, Informationen und Fristen im Zusammenhang mit unbezahltem Urlaub

3.1 Nichtberufsunfall

Mit dem 31. Tag des unbezahlten Urlaubs endet die Versicherungsdeckung für Nichtberufsunfälle.

Der/die Beurlaubte ist **verpflichtet**, die Nichtberufsunfallversicherung vor deren Erlöschen durch Abschluss einer Abredeversicherung (maximal 6 Monate) zu verlängern. Informationen zur Abredeversicherung bei der AXA Winterthur (gemäss Unfallversicherungsgesetz vom 20. März 1981, UVG) entnehmen Sie bitte dem Formular „Abredeversicherung“ (mit Einzahlungsschein), das beim Rektorat angefordert werden kann. Für jeden (auch angebrochenen) Monat muss die Prämie **spätestens** an dem Tag bezahlt werden, an dem die Versicherung der Nichtberufsunfallversicherung erlischt.

3.2 Freiwillige Ergänzungsversicherung

„Wegleitung zur Unfallversicherung für das Personal des Kantons Zürich“:

Beschäftigte, die der freiwilligen Ergänzungsversicherung beigetreten sind und auch dort die Nachdeckung verlängern wollen, müssen dies bis **spätestens einen Monat** vor der letzten Lohnzahlung zusätzlich regeln. Die aktualisierte Wegleitung kann unter www.versicherungsdienste.zh.ch abgerufen werden.

3.3 BVK (Art. 24 und Art. 25)

Art. 24 Abs. 1

Ein unbezahlter Urlaub **von bis zu 14 Tagen** hat keine Änderung der Beitragspflicht und der versicherten Leistungen zur Folge.

Art. 24 Abs. 2

Bei einem unbezahlten Urlaub **von mehr als 14 Tagen bis zu einem Monat** wird die Beitragspflicht mit Urlaubsbeginn eingestellt. Die Risikoversicherung wird beitragsfrei weitergeführt, die Äufnung des Sparguthabens wird für die Dauer des Urlaubs sistiert.

Beim Bezug des unbezahlten Urlaubs **von mehr als einem Monat bis maximal einem Jahr** besteht durch die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich kein Versicherungsschutz mehr gegen die Risiken Tod und Invalidität. Die Lehrperson kann den Versicherungsschutz jedoch gegen Vorauszahlung der vollen Risikoprämie bis Urlaubende weiterführen. Damit der Versicherungsschutz gewährleistet bleibt, muss das vollständig ausgefüllte und vom Arbeitgeber unterschriebene Formular **einen Monat** vor Antritt des Urlaubsbeginns bei der BVK eingegangen sein.

Weitere Informationen und das Formular zur Beantragung auf Weiterführung können unter www.bvk.ch, Rubrik Merkblätter und Formulare, bezogen werden.



3.4 Familienzulagen

Während eines unbezahlten Urlaubs besteht nach Antritt des Urlaubs ein Anspruch auf Familienzulagen oder Differenzzulagen noch während des laufenden Monats und der drei darauf folgenden Monate.

Der Wechsel der Anspruchsberechtigung während einesurlaubes auf die Partnerin / den Partner ist möglich.

Sollte die Familienzulage für die Dauer des unbezahlten Urlaubs über die Partnerin bzw. den Partner bezogen werden, ist über den Dienstweg ein Antrag für den Bezug der Familienzulage sowie eine Bestätigung des Arbeitgebers der Partnerin bzw. des Partners über die Sistierung der Familienzulage während des unbezahlten Urlaubs einzureichen.

Das Beginn- und Enddatum des unbezahlten Urlaubs muss auf der Bestätigung ersichtlich sein.

Sollte der Anspruch der Familienzulage für den unbezahlten Urlaub der Partnerin bzw. dem Partner übertragen werden, kann über den Dienstweg eine Bestätigung über die Sistierung der Familienzulage während des unbezahlten Urlaubs verlangt werden. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt wird auf Grund des Gesuchs die Bestätigung ausstellen.

Den Erhalt dieses Merkblattes und die Kenntnisnahme des Inhalts bestätigt:

Ort, Datum

Unterschrift Lehrperson